



## **Alternativantrag**

der Fraktion der SPD

zu „Den Führerscheinerwerb erleichtern – Kosten, Zugang verbessern, Sicherheit stärken“ (Drucksache 20/4109)

### **Führerscheinausbildung bezahlbar machen- Verwaltungs- und Prüfungsgebühren übernehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt das Eckpunktepapier der Ad-hoc-Arbeitsgruppe von Bund und Ländern zur Reform der Fahrschulausbildung vom 11. Februar 2026. Er fordert die Landesregierung auf, sich bei der anstehenden Verkehrsministerkonferenz im März 2026 dergestalt zu positionieren, dass Potentiale zur Begrenzung der Kosten des Führerscheinerwerbs unter Beibehaltung des Ausbildungsstandards möglichst weitreichend ausgeschöpft werden.

Der Landtag begrüßt insbesondere die vorgelegten Vorschläge zur Digitalisierung der Ausbildung, Reduzierung des Prüfungsfragen-Katalogs und zur verpflichtenden Preistransparenz der Fahrschulen.

Der Landtag bekräftigt seinen im Mai 2023 einstimmig beschlossenen Prüfantrag an die Landesregierung zur Durchführung mehrsprachiger Fahrausbildung und fordert die Landesregierung nun auf, sich im Rahmen einer Bundesratsinitiative für die Möglichkeit des Ablegens der praktischen Fahrprüfung aller Klassen auf Englisch einzusetzen.

Da die bislang zur öffentlichen Diskussion vorgeschlagenen Maßnahmen auch bei vollständiger Umsetzung absehbar nur zu einer Dämpfung des Kostenanstiegs für den Führerscheinerwerbs führen, gleichzeitig eine Mobilitätsgarantie für Schleswig-Holstein in weite Ferne gerückt ist und junge Menschen im Flächenland Schleswig-Holstein in besonderer Weise auf Mobilität angewiesen sind, fordert der Landtag die

Landesregierung auf, das Unterstützungsprogramm „Klar zur Fahrt.SH“ für den Führerscheinerwerb aufzulegen. Damit sollen für alle Erstanmelderinnen und Erstanmelder in Schleswig-Holstein die Verwaltungsgebühren (je nach Kommune rund 50 €) und Prüfungsgebühren (155 €) durch das Land übernommen werden.

Niclas Dürbrook  
und Fraktion